Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 64 (1984)
Heft: 1

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

Libanons Perspektiven

Die bittere Erfahrung des Überraschungsangriffs am Yom-Kippur-Tag hinterliess tiefe Narben im psychologischen, politischen und militärischen Bewusstsein Israels. Der Schock der Unvorbereitetheit, die Unfassbarkeit der feindlichen Anfangserfolge, die Erschütterung des Selbstvertrauens, das Trauma der schrecklichen Verluste verursachten einen tiefgehenden seelischen und politischen Wandel im Lande. Er führte zur Ablösung der seit 30 Jahren regierenden Koalition der Mässigung und des Aufbaus durch eine Regierung von stark nationalistischer Tendenz unter Menachem Begin. Dieser führte das Land zum Frieden mit Ägypten und zum Krieg im Libanon und sich selbst zum Rücktritt.

Was waren die Begin-Jahre? Ob sie sieben fette oder sieben magere Jahre waren, darüber wird der israelische Bürger in den nächsten Wahlen sein Urteil fällen. Die Tatsache, dass in dieser Zeitspanne die Regierung nicht nur Frieden schloss, sondern auch Krieg führte, wird ein schwerwiegender Faktor in der Entscheidung sein.

Aber nicht nur in Israel, im ganzen Mittleren Osten ereigneten sich im letzten Jahrzehnt weitgehende Veränderungen. Alle Regierungshäupter, die zur Zeit des Yom-Kippur-Krieges amtierten, haben die Szene verlassen, mit zwei bemerkenswerten Ausnahmen: Präsident Hafez el Assad, der am längsten in Syrien herrschende Militär-Machthaber, und König Hussein, das am längsten in der Welt regierende Staatsoberhaupt. Die langen Erfahrungen, die sie erwarben und die Gefahren, die sie überwanden, machten sie zu beachtenswerten Figuren auf dem mittelöstlichen Schachbrett. Alle anderen erlagen inneren Umstürzen, wie der Shah von Iran, oder der Mörderhand wie König Feisal, der Imam von Yemen und, am bedauerlichsten, Präsident Anwar Sadat. Nur in Israel vollzog sich der Umschwung auf demokratischem Wege.

Jedoch mehr als der Ab- oder Antritt von Regierungschefs bestimmten die regionalen Konflikte die Geschicke des Mittleren Ostens und darüber hinaus die weltpolitischen Entwicklungen. Der ständige Drang der Sowjetunion, ihren Einflussbereich in diesem Gebiet zu erweitern, verschärfte die Ost-West-Spannungen. Die sowjetischen Bestrebungen, Stützpunkte längs der Küsten des Roten Meeres und Nordafrikas aufzubauen, bedrohten zusehends traditionelle Stellungen und Verbindungslinien der Westmächte. Die Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs bis zum Kyberpass, der Pforte zum indischen Subkontinent, durch die Besetzung Afghanistans und die Gefährdung der westlichen Positionen im Persischen Golf, bedrohten nicht nur das regionale Gleichgewicht, sondern den Gesamtbereich der inter-

nationalen Beziehungen. Die militärische und politische sowjetische Unterstützung der arabischen Gegner Israels verschärfte den arabisch-israelischen Konflikt.

Überdies schuf das Bündnis der Sowjetunion mit Syrien den dritten russischen Brückenkopf nächst Südyemen und Libyen. Das steigert die Konfrontationsgefahr von Syrien und Israel. Die Aufstellung von sowjetischen Langstrecken-Flugabwehrraketen in Syrien, bedient von einem mehrere Tausende zählenden Kontingent von sowjetischen Spezialmannschaften, stellt nicht nur eine strategische Bedrohung Israels, sondern auch der westlichen Luftgeschwader dar, deren Aufgabe die Rückendeckung der Friedenstruppe im Libanon ist. Wie skrupellos die Sowjetunion Raketen anzuwenden im Stande ist, demonstrierte sie mit dem brutalen Abschuss der koreanischen Zivilmaschine. Die von der syrischen Armee unterstützten Drusen beschossen den internationalen Flughafen von Beirut und die Stellungen der Friedenstruppe. Eine sowjetische Kraftprobe mit ihren in Syrien stationierten Raketen könnte unabsehbare Folgen haben.

Die Erdölkrise

Die zweite Entwicklung von weltpolitischer und wirtschaftlicher Bedeutung, die in den letzten zehn Jahren ihren Ursprung im Mittleren Osten hatte, war die Erdölkrise. Ihr Verlauf ist allgemein bekannt. Was vielleicht weniger beachtet wird, ist, dass der Umgang mit der Krise eine Lektion darstellt, von der künftige Erdölpolitiker, Erzeuger wie Verbraucher, viel lernen können. Das teure Erdöl verursachte weltweite Inflation, wirtschaftlichen Rückgang und ungeheure Kapitalanhäufung in den Produzentenländern. Das Geld überflutete die Banken, die grosszügig enorme Anleihen wirtschaftsschwachen Ländern zur Verfügung stellten. Die Industrieländer versuchten die erhöhten Erdölkosten durch die Steigerung ihres Handels mit den Erdölländern auszugleichen. Das beliebteste Kompensationsgeschäft wurde der Waffenhandel. Wozu führte diese Spirale? Die Preise stiegen, und der Verbrauch sank. Eine Konjunkturkrise trat ein, markiert von Wachstumsstillstand, Anwachsen der Arbeitslosigkeit und weiterer Verarmung der Entwicklungsländer. Die freigebige Kreditpolitik der Banken erzeugte eine untilgbare Schuldenlast, die die Stabilität des Finanzmarktes bedroht und letzten Endes dem Steuerzahler zur Last fallen wird. Das Sinken des Ölverbrauchs und der Preise verringerte die horrenden Einnahmen der Produzenten und nötigten sie zur Einstellung von grandiosen, aber völlig unwirtschaftlichen Projekten. Die Macht der OPEC, die niemals auf einer realen Basis fundiert war, verflüchtigte sich wie eine Fata Morgana. Zurückgeblieben sind riesige Waffenarsenale und die dem Mittleren Osten innewohnenden Probleme: die Rivalitäten zwischen den arabischen Staaten; der israelisch-arabische Konflikt; der Krieg zwischen Irak und Iran; der khomeinistische Fanatismus; das sowjetische Vordringen; der Krieg im Libanon und das galoppierende Wettrüsten.

In dieser Zehnjahres-Bilanz stellt der Frieden zwischen Israel und Ägypten den einzigen Aktivposten von Be-

deutung dar. Er ist eine der markantesten Errungenschaften der Periode nach dem Yom-Kippur-Krieg, obwohl er gegenwärtig im Bereich der menschlichen, kulturellen und allgemein interstaatlichen Beziehungen stagniert, hat er nichts an seiner strategischen Bedeutung eingebüsst. Das ausgedehnte Gebiet von dem Oberlauf des Jordans bis zu den Quellen des Nils ist ruhig. In ihm lebt die Mehrheit der Bevölkerung des Mittleren Ostens westlich von Iran im Frieden. Diese Zone des Friedens hält das sowjetische Vordringen auf und verhindert die Ausbreitung der lokalen Kriege zum regionalen Flächenbrand.

Kriege und Frieden

Ohne den Frieden zwischen Ägypten und Israel wäre der Mittlere Osten in seiner Gesamtheit bedroht. Im Osten der Region kämpfen die Afghanen für ihre Unabhängigkeit gegen die russischen Eindringlinge. Westlich davon bekriegen sich schon seit drei Jahren Iran und Irak, anscheinend bis zur gegenseitigen Erschöpfung oder bis zum politischen Umsturz in einem oder beiden Ländern. Sie kämpfen mit Waffen der verschiedensten Herkunft. Der Kriegsschauplatz ist ein Paradies für die Waffenhändler und eine Hölle für die Waffenführenden. An der Peripherie des Mittleren Ostens bedroht der Reihe nach Khaddafi, berauscht von Megalomanie und angespornt von Megalieferungen sowjetischen Kriegsmaterials, alle seine Nachbarn.

Jedoch der Krieg der grössten Irrungen und Verwirrungen, der grausamsten Verluste und Verwüstungen, spielt sich seit acht Jahren nun im Libanon ab. Er begann als Bürgerkrieg und verwandelte sich im Laufe der Jahre in ein *free for all* für fremde Truppen. Die Syrer kämpften anfangs mit den Phalangen gegen die PLO und später mit Arafat und den muslimischen Milizen gegen die Christen. Und jetzt unterstützen sie die Drusen, PLO-Rebellen und Shiiten in ihrem blutigen Aufstand gegen die legitime libanesische Regierung, die christliche Bevölkerung und gegen die internationale Friedenstruppe.

Israel unterstützte die Phalangen, kam ins Kreuzfeuer ihrer Kämpfe mit den Drusen in den Bergen des Schufs, führte schwere Gefechte mit den syrischen Land- und Luftstreitkräften, befreite Beirut von der PLO, vereinbarte mit Libanon die Modalitäten des Rückzugs und verschob ihn wiederholt auf Drängen der amerikanischen Regierung.

Es ist gewiss, dass die grosse Mehrzahl der Bevölkerung Israels die massive, militärische Intervention im Libanon für einen tragischen Irrtum hält. Die Ursache für die Entscheidung der israelischen Regierung, zu intervenieren, waren die PLO-Angriffe auf die Bewohner der Städte und Dörfer von Galiläa. Israel hatte das Selbstschutzrecht auf seiner Seite, die militärische Macht in seinen Händen, aber die politischen Gegebenheiten nicht voll im Blick. Nicht alles, was rechtlich zulässig und militärisch möglich ist, ist politisch sinnvoll. So mancher Politiker ist gescheitert, der Edmund Burkes weise Mahnung missachtete: «Was uns leiten soll, ist nicht was der Jurist sagt, was wir tun *dürfen,* sondern was Menschlichkeit, Vernunft und Gerechtigkeit uns sagen, was wir tun *sollen.*» Hätte die Sowjetunion

nach diesem Grundsatz gehandelt, als die koreanische Maschine von ihrem Kurs abwich, dann wären ihre 269 Passagiere heute noch am Leben.

Die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber einer eventuellen israelischen Intervention im Libanon war zweideutig. Washington anerkannte Israels Recht, Schritte gegen die Provokationen der PLO zu unternehmen. Der amerikanische Einspruch beschränkte sich auf milde diplomatische Mahnungen, Kopfschütteln und Augenzwinkern, deren Interpretation man dem Auge des Beschauers überliess. Ariel Sharon, der damalige Verteidigungsminister, zum Beispiel, glaubte in Al Haigs freundlichem Blick das «grüne Licht» erkannt zu haben.

Nachdem die Intervention nicht nach 72 Stunden erfolgreich und mit minimalen Verlusten beendigt war, wie Begin versichert hatte, sondern sich in einem langen und blutigen Krieg hinzog, setzte sich in Israel das Bewusstsein durch, dass die Regierung das Land auf Irrwege geführt hatte und dass die Ideen Sharons von einer grossen Allianz mit der Phalange und einer strategischen und politischen Neuordnung des Nahen Ostens, gegründet auf ein maronitisches Libanon, ein Hirngespinst waren.

Nach Reagans Initiative

Die zweite Hälfte des Krieges begann vor einem Jahr und stand im Zeichen diplomatischer Initiativen, militärischen Stillstands im Grosskrieg, fortdauernder Aktivität im Kleinkrieg und politischer Ausweglosigkeit. Kaum waren die letzten Schiffe, die die PLO evakuierten, aus dem Beiruter Hafen ausgelaufen, verkündete Präsident Reagan am 1. September einen grossangelegten Friedensplan. Die Initiative kam zu früh und ging zu weit. Zu früh, weil sie die Regelung der libanesischen Krise mit der Suche nach einer Lösung des arabisch-israelischen Konflikts verband. Zu weit, weil sie in Einzelheiten das Endprodukt des Friedensprozesses darlegte, anstatt sich mit der Skizzierung seiner Umrisse und Prozeduren zu begnügen.

Während arabische Regierungen den Reagan-Plan wie einen Punchingball bearbeiteten, ging Begin mit ihm wie mit einem Ballon um. Er wartete, bis ihm die Luft ausging. Die Verhandlungen mit Libanon und den USA über den Abzug der israelischen Truppen verzögerten sich von Woche zu Woche. Bis Washington nach mehr als sechs Monaten die Geduld verlor und durch energisches Eingreifen den erfolgreichen Abschluss des Abkommens bewirkte.

Die verlorene Zeit brachte allen an einer friedlichen Lösung der Libanonkrise interessierten Parteien nur Nachteile. Die libanesische Regierung kam, statt ihre Autorität zu festigen, in wachsende Bedrängnis durch sie befehdende Sekten und politische Gruppierungen. Israels Verluste stiegen besorgniserregend, seine auswärtigen Beziehungen, besonders die mit seinem Friedenspartner Ägypten, verschlechterten sich ständig, und der Unmut der Bevölkerung wuchs von Woche zu Woche.

Im Gegensatz zum Reagan-Plan, der zu früh kam, begann der amerikanische diplomatische Einsatz in Damaskus zu spät. Es scheint, dass Washington vom Ausmass und von der Auswirkung der militärischen Intervention

überrascht war. Erst als im Weissen Haus das rote Licht der Kremlwarnung blinkte, eine Fortsetzung des Krieges könnte globale strategische Folgen haben, forderte Präsident Reagan die israelische Regierung nachdrücklich auf, alle Kampfhandlungen sofort einzustellen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die israelische Armee bereits den syrischen Luft- und Bodenstreitkräften eine schwere Schlappe zugefügt. Der eindringliche Einspruch Reagans bewahrte die syrische Armee vor einer sicheren Niederlage.

Das wäre der entscheidende Augenblick für die amerikanische Diplomatie gewesen, ihren Einfluss in Damaskus geltend zu machen. Ein schneller Rückzug der syrischen und der PLO-Einheiten aus Libanon hätte dann bewerkstelligt werden können. Nachdem Washington diese Gelegenheit verpasst hatte, sank der amerikanische Einfluss in Damaskus auf seinen heutigen Tiefpunkt.

Assads Hybris

Syrien hingegen nützte die verlorene Zeit und Gelegenheit energisch aus, um mit Hilfe seines sowjetischen Alliierten schnell wieder politisch und militärisch auf die Beine zu kommen. Die Sowjetunion ersetzte die Waffenverluste Syriens durch besseres Material. Politisch manifestierte Assad seine wiedergefundene Selbstsicherheit durch Mahnungen an König Hussein und Arafat, ihre Unterredungen über die Beteiligung an Friedensverhandlungen einzustellen. Dem Abkommen zwischen Israel und Libanon sagte er den Kampf an. Er bestand auf dem bedingungslosen Rückzug der israelischen Truppen, wiegelte die der libanesischen Regierung feindlich gesinnten Kräfte auf und förderte die Bildung einer Gegenregierung in den von Syrien besetzten Landesteilen. Und schliesslich leitete Assad, um sich uneingeschränkte Bewegungsfreiheit zu verschaffen, Schritte ein, Arafat von der Spitze der PLO zu verdrängen und die Organisation unter ausschliesslich syrische Kontrolle zu bringen.

Es erhebt sich die Frage, ob Assads heutige Politik nicht Syriens reale Stärke übersteigt. Schon zweimal hat Syrien in jüngster Zeit seine Macht überschätzt, 1970, als es in Jordanien einmarschierte, und im Oktober 1973, als es Israel angriff. Ohne sowjetische Hilfestellung würde sich Assad kaum seine derzeitige anmassende Politik erlauben. Aber kann er sicher sein, dass die Sowjetunion ihn im Falle eines Fehltritts auffangen wird?

Die nahe Konfrontation der Armeen Israels und Syriens, wie sie gegenwärtig besteht, birgt die ständige Gefahr eines neuen Aufflackerns der Kämpfe. Zu viele unkontrollierbare Brandstifter bewegen sich frei auf dem leicht entflammbaren Gelände zwischen beiden Fronten. Deshalb ist es eine dringliche Notwendigkeit, die syrischen und israelischen Truppen durch eine neutrale Pufferzone zu trennen.

Mässigung und kühle Vernunft sind sicherere Mittel für einen Ausweg aus der libanesischen Tragödie. Jedoch die Hauptfrage ist nicht, wie die fremden Staaten einen Ausweg aus dem libanesischen Labyrinth finden, sondern, ob die Libaneser sich selbst darin zurechtfinden können. Die Brutalisierung des Bürgerkrieges in den letzten Wochen mit seinen wiederholten Grauenstaten, verkündet Unheil für den Fortbestand

der Einheit und Souveränität Libanons. Seine Unabhängigkeit ist nicht nur ein natürliches Recht seiner Staatsbürger, sondern auch eine geopolitische und wirtschaftliche Notwendigkeit für seine Nachbarn. Die Aufteilung Libanons oder seine Eingliederung in ein «Gross-Syrien» würde die nahöstliche Reibungsfläche weit vergrössern und verschärfen. Sie würde unannehmbar für die arabischen Staaten und Israel sein, und die schon ohnehin hochgespannten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion noch mehr belasten.

Der Notstand im Libanon erfordert eine Reihe von Sofortmassnahmen zusammen mit langfristigen Schritten zur Lösung der Grundprobleme des Landes.

Die Zeit drängt

1. Die dringendste Notwendigkeit ist, eine totale Feuereinstellung zu verhandeln oder zu erzwingen. Das erfordert die Verstärkung der multinationalen Friedenstruppe und ihren eventuellen Einsatz in kritischen Punkten. Die arabischen Länder, die an der Erhaltung der Einheit und der Unabhängigkeit Libanons interessiert sind, müssen ihren Einfluss auf die sich bekämpfende Gruppierung und die sie von aussen unterstützenden Kräfte stärker als bisher geltend machen. Insbesondere müssen die Tätigkeit der PLO und die Machenschaften Arafats unterbunden werden, der hofft, die PLO in einem vom Bürgerkrieg zerrissenen Libanon von neuem aufzubauen.

2. Die vier Mächte, die die Friedenstruppe bilden, sollten zusammen mit ihren Alliierten eine klare Warnung an alle Staaten ergehen lassen, sich jeder direkten oder indirekten Einmischung im Libanon zu enthalten.

3. Die syrische Armee zusammen mit den PLO-Einheiten, als auch die israelischen Truppen sollten im Sinne des israelisch-libanesischen Abkommens Libanon ohne weiteren Verzug räumen.

4. Gleichzeitig sollte sich die libanesische Regierung bereit erklären, ihre Basis zu erweitern und nach Beruhigung der Lage einen neuen nationalen Konsens fördern. Die bestehenden konstitutionellen Dispositionen entsprechen heute nicht mehr den bedeutenden sozialen, politischen, demographischen und ethnischen Veränderungen, die sich seit der Annahme der libanesischen Verfassung vor 40 Jahren im Lande ereignet haben.

5. Schliesslich erfordert die Erhaltung der Unabhängigkeit und Sicherheit des Libanon ein grosses Mass von internationalem Wohlwollen. Der Zyklus der wiederkehrenden Krisen im Libanon gefährdet nicht nur seine Existenz, sondern auch den internationalen Frieden. Die vielen fremden Köche, die den libanesischen Brei rühren, verderben ihn nicht nur, sondern bleiben, wie die Ereignisse der letzten Jahre erwiesen, in ihm stecken.

Die Zeit drängt, neue Wege für die Befriedigung und Stabilität Libanons zu erkunden. Die Einberufung einer diplomatischen Libanon-Konferenz wäre zu erwägen. Zugegeben, nichts ist schwieriger als streitende Parteien mit gegensätzlichen Zielen am Verhandlungstisch zusammenzubringen, und das gilt nicht nur für den Mittleren Osten. Gewiss ist es einfacher, eine

Konfrontation zu bewirken als eine Konferenz zu lancieren. Doch die Erprobung einer friedlichen Regelung ist bei weitem risikoloser als der Versuch einer militärischen Lösung.

Für das Gelingen einer solchen Libanonkonferenz sind nicht nur die gründliche Vorbereitung, vereinbarte Tagesordnung und günstiger Zeitpunkt entscheidende Faktoren, sondern nicht minder ihre Zusammensetzung. Das Hauptkriterium für die Beteiligung muss die Bereitwilligkeit der vertretenden Staaten sein, die Unabhängigkeit und volle Souveränität Libanons als auch die Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten zu garantieren.

Ob die Idee einer Konferenz und die vorgeschlagenen Sofortmassnahmen und die anderen langfristigen Schritte einen Ausweg aus dem libanesischen Labyrinth bieten, kann nur ihre sorgfältige Prüfung erweisen. Eines jedoch scheint gewiss, ein solches Aktionsprogramm ist sicherer als das ausweglose Weiterirren im libanesischen Minenfeld.

Gideon Rafael

Der aufgekündigte Konsens

Die noch immer nicht abgeebte Nachrüstungsdebatte betrifft nur scheinbar vorrangig die deutsche Sozialdemokratie. Tatsächlich geht es um die Bundesrepublik selbst, um ihre innere Stabilität und ihre künftige Rolle in den westlichen Bündnissen und im internationalen System, nachdem die SPD, seit einem Jahr wieder in der gewohnten Oppositionsherrlichkeit, sich «in so atemraubenden Tempo» von ihrem Ja zum Doppelbeschluss entfernte und die sicherheitspolitische Gemeinsamkeit aufkündigte. Die SPD, die älteste und traditionsreichste deutsche Partei, die sich auf Einigkeit und Disziplin versteht, wird auch einen neuen Revisionismus in umgekehrter Richtung: von der pragmatischen Mitte der Regierungspartei zurück zum idealistischen Radikalismus, statt wie einst aus der marxistisch-klassenkämpferischen Radikalität zur staatstragenden Mitte hin – falls sie diesen Weg einschlägt –, ohne innere Gefährdung überstehen.

Willy Brandt hat sich mit taktischem Geschick der – der Sache nach peripheren, von der Friedensbewegung jedoch apokalyptisch hochstilisierten – Nachrüstungsproblematik bedient, um seiner unsicher gewordenen Partei mit der Friedensparole ein altes Ideal zurückzugeben und mit Rüstungskontrolle und Abrüstung eine neue Zukunftsvision zu entwerfen. Sachliches mischt sich dabei mit Persönlichem. Bundeskanzler Helmut Schmidt, der sich der unsaturiert expansionistischen Natur der Sowjetunion bewusst war, hat die SPD, so lange er konnte, zu einer realistischen Sicherheitspolitik gezwungen: einseitige Abrüstungsvorleistungen würden, wie die Entspannungserfahrungen der siebziger Jahre lehrten, von Moskau nicht honoriert, sondern als Schwäche gedeutet, und würden deshalb zu gefährlichen Gleichgewichtsstörungen führen. Als die Bundesregierung jedoch in schwere wirtschaftspolitische Wetter geriet, ver-

mochte Schmidt seine Partei nicht mehr auf Koalitionskurs zu halten. Die FDP beschloss die Wende, nicht zuletzt wegen der Sicherheitspolitik. Nach Jahren des Erfolges kündigen die rebellierenden Partei-Linken verschiedenster Observanz – protestantische Pazifisten, marxistische Wirtschaftsdirigisten, nationale Nostalgiker und Neutralisten – dem Kanzler Gehorsam und Gefolgschaft.

Ungehörter Mahner

So siegt Brandt nach acht Jahren gegen Schmidt: eine Geschichte der Paradoxe. Der damals neue Kanzler begann mit einem ersten fatalen Fehler: er verzichtete auf den von ihm unterschätzten Parteivorsitz und beliess seinem gescheiterten Vorgänger und Nobelpreisträger das für eine effektive Regierungskoordinierung unentbehrliche Amt. Der Vorsitzende, Parteieinigkeit über alles stellend und persönlich einer vagen Friedenspolitik mit Entgegenkommensrisiko zuneigend, setzte sich im geeigneten Augenblick an die Spitze der Fronde und hebelte schliesslich Schmidt aus. Bei der Debatte am 21./22. November dieses Jahres stand Schmidt mit einer handvoll Anhängern allein da, für die Partei eine lästige Erinnerung und ein unerwünschter Mahner, für unbefangene Beobachter eine tragische Figur. Trotzdem ist Helmut Schmidt immer noch der beliebteste Politiker der Bundesrepublik: plus 2,5 auf der Anerkennungsskala, gegenüber Kohl plus 1,2, Vogel 0,9, Genscher 0,2, Strauss minus 0,1; Brandt taucht in der Liste gar nicht mehr auf.

Noch paradoxer: Brandt, der Sieger in der Partei, ist vereinsamt unter den Partnern der sozialistischen Internationale, deren Vorsitzender er ist: Mitterrand, Craxi und die anderen verfechten mit Entschiedenheit die Nachrüstung und werfen deren Gegner, also auch Brandt, *«lâcheté et ignorance»* vor.

Seit Beginn seiner Kanzlerschaft und der Ostpolitik hegt Brandt, der persönlich gewiss anti-amerikanischer Reflexe unverdächtig ist, doch ein «gaullistisches» Misstrauen gegen die amerikanische Atomgarantie und in den letzten Jahren eine tiefe Abneigung gegen Reagans Auftreten. Darum steuert er auf eine selbständig-nationale Politik und eine Lockerung der atlantischen Bindungen hin und unterstützt demgemäss behutsam, aber konsequent die Bahr, Eppler, Klose, Lafontaine in der Partei. Heute wie 1968 soll fast um jeden Preis die Bildung einer neuen Partei links von der SPD durch Umarmung und Integration verhindert werden. Die Grünen stehen jetzt in dem Dilemma. Brandt glaubt, dass ein zeitweiliger Verlust der Stammwähler in der Mitte – Facharbeiter, Gewerkschafter – in Kauf zu nehmen ist, wenn «viele Einzelne» aus dem Kreis der Grünen, Friedensbewegten, Protestler und Jugendlichen in der SPD eine neue Heimat finden. Die traditionellen Anhänger haben dieser Auffassung zufolge ohnehin keine Alternative zur SPD. Richtungskämpfe gehören übrigens zur Geschichte der SPD, haben ihre Lebendigkeit oft gestärkt und jetzt den inneren Zusammenhalt der Partei wiederhergestellt.

Gefährdete Glaubwürdigkeit

Wenn die SPD aus den jüngsten Entwicklungen unbeschädigt hervorgeht,

so wird jedoch die Bundesrepublik an der Aufkündigung des sicherheitspolitischen Konsensus Schaden nehmen. Ihre innere Stabilität wird als Folge ideologischer Konflikte – um den rechten Weg zur Wiederfindung einer nationalen Identität – in Frage gestellt. Ihr Einfluss im Westen und im Osten wird sich vermindern, ihr Wort wird weniger gelten, ihre Glaubwürdigkeit, vor allem in der Allianz, sich verringern.

Dem äusseren Anschein nach hat sich durch die Nachrüstungsentscheidung nicht viel geändert. Bundeskanzler Kohl hat sich durchgesetzt, die Bundesrepublik hat ihr Wort gehalten, die Stationierung der Pershing 2 erfolgt pünktlich und nach Plan. Die Sowjets haben sich verrechnet, ihre ungeheuren Rüstungsanstrengungen waren insoweit umsonst. Die Opposition hat sich der Entscheidung widersetzt; nichts Normaleres als das. Ausserparlamentarisch-populistische Kräfte, die das System und die bestehende Ordnung beseitigen wollen, bereiten seit langem Sorge, aber die offizielle sozialdemokratische Opposition hat den demokratischen Grundkonsens nicht in Frage gestellt. Fraktionschef Vogel hat das verfassungsmässige Recht der Bundesregierung zur Stationierung nicht angezweifelt, hat ein angeblich höheres – naturrechtlich begründetes – Recht zum Widerstand nicht verfochten (Legitimität gegen Legalität), obwohl das viele der SPD angehörenden oder zuneigenden Intellektuellen tun. Prinzipielle Bekenntnisse zur Allianz wurden abgelegt, die Pflicht zur Landesverteidigung bestätigt. Die Regierung wiederum bekennt sich weiterhin zur Entspannungspolitik, zu wirtschaftlicher und sonstiger Kooperation mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten und insbesondere zur deutsch-deutschen Annäherung. Bonn ist also weiterhin nicht Weimar.

Dennoch sind wir im Begriff, einen Epocheneinschnitt zu durchschreiten. Die Bundesrepublik, Teilstaat mit dem verfassungsmässigen Auftrag, für die ganze Nation zu sprechen, hat ihre besondere Position in der Familie der westlichen Völker und dem internationalen System dadurch, dass sie das von West und Ost als unabwendbar angesehene Schicksal der Teilung akzeptierte (und zu lindern unternahm) und sich in das bipolare Nachkriegsgleichgewicht einfügte. Die Deutschen verzichteten als Mustereuropäer und Modell-Atlantiker auf nationale Ambitionen, leisteten damit ihren Beitrag zur weltpolitischen Ordnung und erschienen mehr als ein Vierteljahrhundert lang als viel beneideter Hort der Stabilität. Das wurde von den Zeitgenossen, die, aus Phantasiearmut, immer dazu neigen, die Gegenwart für unabänderlich zu nehmen, als selbstverständlich betrachtet. Nur selten hat einer, wie George Ball, seine Landsleute darauf hingewiesen, welch durchaus nicht selbstverständlicher Glücksfall die Westentscheidung Adenauers gewesen sei (es hätte – angesichts der geopolitischen und historischen Vorgegebenheiten – auch anders kommen können) und was sie selber dafür tun müssten.

Die deutschen Interessen

Seit einigen Jahren wird, nicht zuletzt von jüngeren deutschen Historikern oder im Zusammenhang mit ihrer Aufarbeitung der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts die Frage

nach der angemessenen Rolle Deutschlands oder den natürlichen Interessen der Bundesrepublik gestellt. Nationale Selbstdeutung ist in Mode gekommen. Immer mehr Deutsche sind in ihrer entliehenen Selbstsicherheit und westlichen Orientierung schwankend geworden. Nun ist der vom 19. Jahrhundert ererbte, im 20. diskreditierte Nationalismus 1983 keine Verlockung mehr. Eine Gefahr von rechts hat es in der Bundesrepublik bisher nicht gegeben – nicht zuletzt dank der Integrationspolitik der CDU/CSU. Viele Ängste und Verdächtigungen, die insbesondere in Frankreich, in Amerika, Polen, in der CSSR geäussert werden, wiederholen nur Erinnerungen, proben, wie die gern zitierten Generäle, die verlorenen Schlachten von gestern. Der einst gefürchtete Militarismus von gestern lässt sich nicht mit dem heute gefürchteten Pazifismus vergleichen, die Aggressivität der ersten Jahrhunderthälfte nicht mit neutralistischen Versuchungen der Gegenwart – mögen auch beide gefährlich sein. Die Deutschen sind nicht mehr die romantisch Bewegten mit der perversen Lust am Untergang, deren unberechenbare Irrationalität für Europa Unheil verhiess.

Ein linker, gleichsam nach innen gerichteter Patriotismus[1] übt jedoch eine besorgniserregende Anziehungskraft aus – nicht nur bei Jugendlichen und Protestierern. Um Eigenständigkeit ist es vielen zu tun. Man möchte eine unabhängige, die spezifisch deutschen Interessen besorgende Politik führen und sich der Leitung der USA entziehen. In diesem Zusammenhang wird «Äquidistanz» gepredigt – auch im deutsch-deutschen Bezug. Die Führung in Ostberlin stehe in der Raketenfrage vor den gleichen Problemen wie Bonn, heisst es. Und bei den vielfältigen Kontakten mit der DDR hört man immer häufiger: «Wir Deutsche.»

Das sind noch undurchdachte, nicht einmal thematisch kanalisierte, im wesentlichen emotional gesteuerte und ambivalente Überlegungen. Sie haben aber durch das Nein der SPD zur Nachrüstung politisches Gewicht bekommen. Breitet sich damit eine Diskussion über ein *«changement des alliances»* vor? Und soll dabei das bemerkenswert lautstarke Bekenntnis zum Bündnis – Richard Loewenthal: *«Das Ja zur NATO ist wichtiger als das Nein zur Nachrüstung»* – den Weg zu dem von dem Aussenseiter Lafontaine geforderten *«Raus aus der NATO»* ebnen, über explorative Ideen wie die Korrektur und Reform des Bündnisses, eine atomwaffenfreie Zone, eine Konföderierung der beiden Staaten?

Nichts ist bei diesem neuen Nationalismus entschieden. Stünde die SPD in der Regierungsverantwortung, würde sie vermutlich anders agieren. Im aussenpolitischen Tagesgeschäft wären die Grenzen zum Utopischen rascher deutlich. Neutralistische Hoffnungen gehen an realen Interessen zuschanden. Auch der engagierteste Nationalist würde – nicht zuletzt an der trotz Nachrüstung erneuerten Propaganda-Offensive – erkennen, dass der Kreml die Hoffnung nicht aufgegeben hat, Europa gegen die USA auszuspielen und schliesslich zu neutralisieren. Für eine Neutralität aber ist die Bundesrepublik zugleich politisch-militärisch und wirtschaftlich zu stark und als selbständige Kraft zu schwach. Eine neutrale Bundesrepublik aber würde angesichts des übermächtigen sowjetischen Drucks eine beträchtliche

Destabilisierung bewirken und damit eine reale Kriegsgefahr darstellen.

Auch wenn gegenwärtig solche Optionen nicht bestehen, die alte Sicherheit ist dahin, Alternativen werden entworfen. Das schlimmste ist – und hier lastet schwere Verantwortung auf der jetzigen SPD –, die Zuverlässigkeit der Bundesrepublik, auf die sich alle Bonner Regierungen zu Recht so viel zugute gehalten haben, wird seither von den Partnern in Zweifel gezogen. Das ist angesichts der deutschen Vergangenheit und der sicherheitspolitischen Abhängigkeit der Bundesrepublik eine bedenkliche Hinterlassenschaft der Ära Brandt an ihre Erben.

Die Bundesregierung ist in dieser Beziehung über Zweifel erhaben. Helmut Kohl hat nie geschwankt; auch sein Bekenntnis zur Nation in Moskau war unverfänglich. Treue zur Allianz hat gegenwärtig absoluten Vorrang. Den Konsens der Allianz hat nur die SPD aufgekündigt. Dabei hat Helmut Schmidt im Oktober 1982 ironischerweise der Bundesrepublik einen letzten Dienst erwiesen. Indem er durch seine moralische Disqualifizierung und Vernichtungsstrategie («Verrat», «Wegharken») Genscher und der FPD den Weg zurück zur sozial-liberalen Koalition für lange Zeit verbaute, hat er zugleich der eigenen Partei die Rückkehr zur Macht erschwert. Die könnte fortan nur über eine grosse Koalition oder über eine jedoch kaum hinreichende Partnerschaft mit den Grünen erfolgen. Das Nein der SPD zur NATO-Politik bleibt also auf absehbare Zeit ein blosser Kommentar der Opposition. Es lässt sich nicht in Taten umsetzen.

Peter Coulmas

[1] Vgl. P. Coulmas, Linker Patriotismus – neuer Nationalismus. Schweizer Monatshefte, Februar 1983.

«Nehmt die Nation in eure Hände!»

Eine Zeitungsaffäre in Hellas

Griechenlands Presse hat mit grossen Schwierigkeiten zu ringen. Die wegen ihrer mutigen Haltung in der Zeit der Athener Militärdiktatur (1967 bis 1974) international bekanntgewordene Zeitungsverlegerin Eleni Vlachou kann davon ein Liedlein singen – ein Moiroloi, ein Klagelied natürlich. Sie tut es denn auch in regelmässigen Abständen in ihrer Zeitung, der Athener *«Kathimerini»*. In dem von ihr herausgegebenen Blatt hat Eleni Vlachou, die sich als Exponentin einer «aufgeklärten Rechten», einer *droite éclairée,* versteht, eine Kolumne, in der sie Politisches und Alltägliches auf ihre unkonventionelle Art kommentiert.

Nach dem in Hellas üblich gewordenen Sprachgebrauch handelt es sich dabei um eine Chronik, ein «Chronografima». «E.» – so zeichnet Frau Vlachou – benützt dieses Forum, um, wie gesagt, von Zeit zu Zeit über die Probleme zu berichten, mit denen sich die meisten hellenischen Zeitungen

konfrontiert sehen. Für die schwierige Lage der griechischen Presse ist die «*Kathimerini*» wohl das frappanteste Beispiel. Sie gilt als eines der seriösesten Blätter des Landes. Ihre Auflage in der Agglomeration Athen-Piräus, wo ein Drittel der Gesamtbevölkerung Griechenlands (rund 10 Millionen) wohnt und sich der sozioökonomische und administrative Schwerpunkt des Landes befindet, übersteigt jedoch eine durchschnittliche Auflage pro Tag von 20 000 Exemplaren nicht.

Die Schwierigkeiten der «*Kathimerini*» gehen zum Teil auf die Lebensgewohnheiten vieler Griechen und Griechinnen zurück, zum Teil aber auch auf Illusionen, welche hinsichtlich der Berichterstattung der Morgenblätter einerseits und der sogenannten Nachmittagspresse andererseits bestehen. Nur verhältnismässig wenige Griechen pflegen ihre Zeitung frühmorgens, etwa bereits beim Frühstück, zu lesen. Die meisten Zeitungsleser haben sich daran gewöhnt, ihr Leibblatt gegen Mittag am Kiosk (Periptero) oder am Stand des Zeitungsverkäufers zu kaufen. Dabei geben sie den sogenannten Nachmittagszeitungen den Vorzug in der Meinung, in diesen Blättern seien die neueren Nachrichten zu finden. Das ist jedoch weitgehend eine Selbsttäuschung, denn die «Nachmittagsblätter» werden bereits mehrere Stunden vor der gesetzlich festgelegten Verkaufszeit gedruckt. Der Nachrichtengehalt der «Nachmittagspresse» ist in der Regel derselbe wie derjenige der Morgenblätter. Das gilt selbst für die Zeitung «*Vradyni*», welche aus traditionellen Gründen «*Abendblatt*» heisst.

Frau Vlachou startete verschiedentlich Kampagnen zur Aufklärung der Leserschaft bzw. zur Änderung der Gewohnheiten der Zeitungsleser. Sie bemühte sich auch darum, bestimmte Reformen in der Verteilung der Zeitungen (Hauslieferung durch Austräger oder per Post) durchzusetzen. All das nützte aber letztlich nichts oder nur wenig. Die Athener Morgenpresse scheint sich im Augenblick damit abgefunden zu haben, dass sie sozusagen «auf Zeit» leben muss. Die dem einst wirtschaftlich und politisch mächtigen Christos Lambrakis-Pressekonzern angehörende Morgenzeitung «*To Vima*», ein liberales Blatt venizelistischer Tradition, das im Laufe der Zeit nach links rutschte, sah sich vor längerer Zeit gezwungen, zumindest vorübergehend vom täglichen zum wöchentlichen Erscheinen überzugehen. In der Woche vom 30. Oktober bis zum 5. November 1983 verzeichneten die Athener Morgenblätter in der Agglomeration Athen-Piräus folgende durchschnittliche Tagesverkaufszahlen: «*Rizospastis*» (Organ der moskautreuen KP Griechenlands) 27 159 Exemplare, «*Akropolis*» (rechtskonservativ) 23 484 Exemplare, «*Kathimerini*» 18 501 Exemplare, *Eleftheri Gnomi*» (Sprachrohr der regierenden Panhellenischen Sozialistischen Bewegung) 10 158 Exemplare und «*Avji*» (eurokommunistisch) 5565 Exemplare.

Daraus zu schliessen, die Krise der griechischen Presse sei ausschliesslich eine solche der Morgenblätter, wäre allerdings falsch. Es gibt auch «Nachmittagszeitungen», die um ihre Existenz bangen müssen. Um so frappanter ist der Erfolg des Athener Nach-

mittagsblattes – wenn man auf seine Verkaufszeit abstellt, genauer: Mittagsblattes – mit dem stolzen Namen *«Ethnos»* («Nation»). In bezug auf die Zahl seiner verkauften Exemplare steht das Blatt an der Spitze aller hellenischen Zeitungen. In der besagten Woche lag sein durchschnittlicher Tagesverkauf bei 117938 Exemplaren. Im Augenblick scheint die vom Verleger Georgios Bobolas herausgegebene und vom Journalisten Alexandros Filippopoulos geleitete Zeitung unschlagbar zu sein.

Können und Tendenz

Zum Erfolg des Blattes tragen verschiedene Faktoren bei, die nicht auf einen Nenner gebracht werden sollten, etwa auf die ideologisch-politische Ausrichtung der Zeitung, wovon weiter unten die Rede sein wird. *«Ethnos»* kann sich auf eine Tradition berufen, die Respekt erfordert. Während der Athener Militärdiktatur musste das Blatt sein Erscheinen wegen seiner regimekritischen Haltung einstellen. Am 14. September 1981, also etliche Jahre nach dem Zusammenbruch des Militärregimes im Sommer 1974 und nachdem die Eigentümer ihre Rechte nahezu vollständig an Bobolas verkauft hatten – Bobolas soll 95,8 % der Aktien in seinen Händen haben –, erschien die Zeitung wieder, und zwar in neuer Form und Aufmachung: kleines, handliches Format, farbig, reich bebildert, kurze Artikel, Berichte und Kommentare, gut lesbare Schrift und dicke Schlagzeilen. Damit verstand es der Journalist Filippopoulos offenbar, den «Schnelleser» zu gewinnen und sich neben Fernsehen und populären Blättern ein dickes Stück im Medienkuchen zu sichern.

Ja, innerhalb relativ kurzer Zeit vermochte der Neuling im griechischen Blätterwald so alteingesessenen Blättern wie zum Beispiel der Mittagszeitung *«Ta Nea»* des Christos Lambrakis-Konzerns Leser abspenstig zu machen. Der *«Ethnos»*-Stil machte Schule. Auch andere Zeitungen erscheinen nun in Kleinformat. Zum Erfolg der Bobolas-Zeitung trug sicherlich auch eine breitangelegte, geschickte Werbekampagne bei, die mit dem Erscheinen des Blattes gestartet wurde. «Die NATION ist in euer Leben eingedrungen, nehmt die NATION in eure Hände!» lautete einer der Slogans. Die *«Nation»* («Ethnos») identifizierte sich mit der Nation.

Und nicht nur das. Die «Nation» identifizierte sich auch mit dem «Wunsch des Volkes nach einer grossen Änderung im Lande». Die «andere», die «andersartige» Zeitung erschien ja etwa einen Monat vor den Parlamentswahlen vom 18. Oktober 1981, aus denen die Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) unter der Leitung Andreas Papandreous als triumphale Siegerin hervorging. Der Wind blies von links. Filippopoulos, der Andreas Papandreou schon zu einem früheren Zeitpunkt in einem vertraulichen Bericht seine Gedanken über die Notwendigkeit der Bekämpfung des «Presseestablishments» dargelegt hatte, benützte das allgemeine politische Klima, um dem verlegerischen Unternehmen Bobolas' Auftrieb zu verleihen. Und immer mehr Griechen und Griechinnen nahmen die *«Nation»* in ihre Hand.

Viele von ihnen merken wohl nicht, dass die Zeitung eine ideologisch-politische Linie verfolgt, die sich – vielleicht etwas schematisch, aber im Kern zutreffend – etwa so beschreiben lässt: Unterstützung der «Kräfte der Änderung» (worunter nicht nur die Pasok, sondern auch die moskautreue KP Griechenlands [KKE] verstanden wird) und prononciert antiwestliche, insbesondere antiamerikanische Haltung. Von Kennern wird jedenfalls behauptet, dass Bobolas' Zeitung selbst von Anhängern der rechtsgerichteten Nea Dimokratia gelesen werde! Ausser Zweifel steht, dass die populäre Verpackung und Aufmachung des Stoffes manchen Leser geneigt macht, den zuweilen haarsträubend tendenziösen sowjetfreundlichen Informations- und Kommentarsinhalt in Kauf zu nehmen. Kritische Beobachter vergleichen «*Ethnos*» mit einer Wassermelone: aussen grün (Parteifarbe der Pasok) und innen rot.

Ein Beispiel: Am 18. November 1983 erläuterte ein anonymer Verfasser eines «Ethnos»-Artikels die durch die einseitige Separationserklärung Rauf Denktaschs auf Zypern geschaffene Lage. «Wir sollten uns keinen Illusionen hingeben. Hinter dem willkürlichen Akt Denktaschs ... steht Ankara. Und hinter Ankara steht Caspar Weinberger.» In derselben «Analyse» konnte man noch lesen, dass die neue Zypernkrise unter anderem auch mit dem Missfallen Washingtons (insbesondere Weinbergers und der CIA) über Papandreous Haltung in der Sicherheitspolitik zusammenhänge. Es dürfe zudem nicht ausser acht gelassen werden, dass sich das militärische und politökonomische Establishment in der Türkei aus islamisierten Juden zusammensetze, welche die Rückeroberung der Gebiete des ottomanischen Reiches anstrebten.

«Desinformation»

Verschiedentlich ist der Verdacht geäussert worden, Bobolas gebe seine Zeitung mit sowjetischer finanzieller Unterstützung heraus. Ein diesbezüglicher Bericht ist erstmals im Londoner «*Sunday Telegraph*» vom 18. Oktober 1981 erschienen. Gleichgerichtete Vermutungen oder Behauptungen fanden dann auch in bestimmten, meistens rechtsgerichteten Presseerzeugnissen Griechenlands ein Echo. Aber auch die linksgerichtete, doch nicht kommunistische Athener Mittagszeitung «*Eleftherotypia*» veröffentlichte Berichte über eine angebliche Finanzierung des Zeitungsunternehmens durch die Sowjets, was Bobolas veranlasste, gegen das Blatt Strafklage einzureichen. Zu einem Prozess kam es ebenfalls, als die rechtsgerichtete Mittagszeitung «*Messimvrini*» eine «*Economist*»-Nachricht nachdruckte, wonach «*Ethnos*» von den Sowjets 1 800 000 Dollar erhalten habe. Am 7. Dezember 1982 mussten die «*Messimvrini*»-Angeklagten vor Gericht eingestehen, dass sie nicht mehr wussten als das, was in der Auslandspresse erschienen war. Daraufhin wurde die «*Ethnos*»-Strafklage zurückgezogen.

Nun liegt seit einigen Monaten in griechischer Sprache ein Buch vor, welches der «*Ethnos*»-Affäre gewidmet ist und – in Anlehnung an den bereits erwähnten Bobolas-Slogan –

den Titel *«Nehmt die Nation in eure Hände!»* trägt. Verfasser des 317 Seiten starken Buches ist der Griechischzypriot Pavlos Anastasiadis, Griechenlandkorrespondent verschiedener englischsprachiger Zeitungen. Die Hauptthese Anastasiadis', wie sie in der im Juni 1983 verfassten Einleitung seines Buches dargelegt wird, ist, dass das KGB-Desinformationsdepartement bei der Herausgabe der auflagestärksten Tageszeitung Griechenlands mitmache. Dies sei das Resultat «vierzehnmonatiger minutiöser Recherchen» des Verfassers. In seinem Buch nennt Anastasiadis sowjetische Funktionäre mit Namen, die bei der Realisierung des *«Ethnos»*-Projektes mitgewirkt haben sollen, und veröffentlicht auch die entsprechenden Bilder bzw. Photokopien.

Gemäss Darstellung des Verfassers des Buches *«Nehmt die Nation in eure Hände!»* arbeiteten die Sowjets in dieser Angelegenheit zunächst mit dem ehemaligen kommunistischen Partisan Giannis Giannikos zusammen, liessen diesen dann aber fallen und gaben dem «Kapitalisten» Bobolas den Vorzug. Wegen des Antagonismus zwischen Giannikos und Bobolas kam es zu verschiedenen gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Konkurrenten. Aus den betreffenden Akten sind offenbar Informationen durchgesikkert, die Anastasiadis in seinem Buch benützt. Vor allem im zweiten Teil des Buches (der erste ist, wie der Verfasser schreibt, «akademischer Natur», d. h. er ist als allgemeine Einführung in die KGB-Desinformationsmethoden gedacht) macht Anastasiadis, bedauerlicherweise in ziemlich unsystematischer Form, zahlreiche detaillierte Angaben über die *«Ethnos»*-Entstehungsgeschichte – Angaben, die ein Bild weitgehend undurchsichtiger sowjetischer Infiltrationsbemühungen einerseits und innergriechischer Intrigen und Konkurrenzkämpfe andererseits vermitteln.

Anastasiadis schreibt, dass der zweite Teil seines Buches, das, wie sich versteht, eine neue gerichtliche Auseinandersetzung, diesmal zwischen Bobolas und Anastasiadis, ausgelöst hat, die Gestalt eines Politthrillers annehme. Doch jede Einzelheit entspreche den Tatsachen. Dem Aussenstehenden ist es unmöglich festzustellen, ob und wieweit dem so ist. Jedenfalls verlor Anastasiadis die erste gerichtliche Runde. Am 16. Dezember 1983 wurde er von einem erstinstanzlichen Strafgericht in Athen wegen Verleumdung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er legte sofort Appellation ein. Vermutlich wird es selbst der griechischen Justiz nicht gelingen, diese heikle Affäre restlos zu klären. Vielleicht ist es aber auch gar nicht so wichtig zu wissen, ob die Sowjets das «Ethnos»-Unternehmen Bobolas' (direkt oder indirekt, d. h. durch Gewährung von Präferenzen bei Geschäften mit der Sowjetunion) finanziert haben bzw. immer noch finanzieren. Viel wichtiger ist wohl der grundsätzliche Aspekt der *«Ethnos»*-Affäre, der darin zu erblicken ist, dass eine Zeitung, die sich nicht offen zum sowjetischen Kommunismus bekennt, mit grossem publizistischem Erfolg Thesen verbreitet, welche – objektiv betrachtet – sicherlich dem Kreml nützen und den westlichen Idealen und Zielsetzungen zuwiderlaufen.

Letzteres belegt Anastasiadis durch

eine Fülle von Material, dessen Wahrheitsgehalt ausser Zweifel steht. Im übrigen bedarf es keiner besonderen Beweisführung, denn jeder versierte Leser erkennt unschwer den tendenziösen Charakter der *«Ethnos»*-Berichterstattung und -Kommentierung, obschon die Zeitungsverantwortlichen seit dem Wirbel um die angebliche Sowjetfinanzierung vorsichtiger geworden sind und beispielsweise mit namentlicher Berufung auf sowjetische Quellen zurückhaltend umgehen.

Am 6. Juni 1983 legte die *«Ethnos»*-Redaktion in einem triumphierenden Artikel die Gründe dar, die für den unaufhaltsamen Anstieg der Auflage verantwortlich seien. Unter anderem erwähnte sie dabei die *«absolute Unabhängigkeit»* des Blattes und sein *«Engagement für die antiimperialistische Sache»*. Vorübergehende Schwierigkeiten – etwa wegen der inzwischen *«widerlegten Verleumdungen»* – seien überwunden. Die Triumphgefühle der Zeitungsverantwortlichen, vor allem des sein Metier gut verstehenden Journalisten Filippopoulos, sind wahrhaft gerechtfertigt. Doch das mit der *«absoluten Unabhängigkeit»* und dem *«Engagement für den Antiimperialismus»* ist eine andere Sache.

Die erfolgreiche Zeitung *«Ethnos»* ist von sowjetfreundlichen bzw. antiwestlichen Klischeevorstellungen zu stark geprägt, um für sich eine Unabhängigkeit des Urteils in Anspruch nehmen zu können. Und ihr «Antiimperialismus» ist im besten Fall einäugig. Von Kritik am Expansionismus des Kremls findet sich im *«Ethnos»* keine Spur. Dass eine derart einseitig konzipierte Zeitung in kürzester Zeit zur Lieblingslektüre eines grossen Teils des griechischen Publikums hat werden können, ist bedauerlich, kann aber – und hier liegt die Hauptschwäche des Buches Anastasiadis' – nicht allein mit sowjetischen Infiltrationsbestrebungen erklärt werden. Der eindrückliche *«Ethnos»*-Aufstieg ist zugleich Ausdruck eines heute in Hellas herrschenden Informationselends, einer frappanten ideologischen Verwirrung.

Diese Verwirrung ist zum Teil Ausfluss von Fehlern und Unterlassungen der Alliierten gegenüber dem einstigen treuen Verbündeten Griechenland, zum Teil geht sie auf die weitgehend falsche bzw. mangelhafte ideologische Arbeit der Nea Dimokratia in den Jahren 1974–1981 zurück. Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Pasok im Oktober 1981 nimmt die Verwirrung zu, da die Führung der Regierungspartei mit Rücksicht auf den linken Flügel der «Bewegung» und auf die moskautreuen Kommunisten den *«real existierenden Sozialismus»* trotz aller verbalen Distanzierung mit Glacéhandschuhen anfasst. In mancher Hinsicht unterscheidet sich die publizistische Linie von *«Ethnos»* nicht sehr von der offiziellen Propaganda der Regierung, wie sie die vom Staat kontrollierten Massenmedien (Radio und Fernsehen) praktizieren. Und das sagt alles.

Pavlos Tzermias

Sozialpartnerschaft in Österreich: Auch «heilige Kühe» darf man melken . . .

Im tierliebenden, doch stets vorsichtig agierenden Österreich werden auch die «heiligen Kühe» erst seliggesprochen. Gemäss der alten habsburgischen Tradition – oder waren es schon die Babenberger? – wird alles Neue zuerst gehörig ausprobiert. So hatte Kaiser Josef II., der wohl Begabteste, wenn auch Widersprüchlichste im Hause Österreichs, alle neuen Gesetze seines Kronrates vor Verkündung zunächst in Galizien ausprobiert. Entsprach das neue Gesetz den mehrseitigen Erwartungen, so erhielt es für das ganze Reich Rechtskraft. War es nachweislich schlecht, so verschwand der Beamtenwunsch im imaginären Hofburger Papierkorb.

Mit dieser altbewährten Tradition hörte man in der modernistischen Zweiten Republik Österreichs auf. So ziemlich alles, was vor einem Vierteljahrhundert – als die Besatzungsmächte das Land ver- und die «Vier» nur mehr ihren Jeep zurückliessen (die in Wien patroullierenden «Vier im Jeep» waren das Symbol der Besatzungsmacht) – in der jungen Republik installiert wurde, galt sofort als mindestens selig, wenn schon nicht heilig.

An der Spitze dieser heiligenscheinverzierten Errungenschaften steht, wenn auch schon leicht angekratzt, die *Sozialpartnerschaft.*

Die ideellen Paten des sozialpartnerschaftlichen Gedankengutes waren die gemeinsamen Verfolgten des Nazi-Regimes; von 1945 bis 1955 (Rückzug der Besatzungsmächte) gehörten, unter sowjetischem Druck, auch die Kommunisten dazu. Gemeinsame Erinnerungen an frühere Verfolgung und späteren Aufbau erwiesen sich als guter Nährboden für ein gemeinsames Vorgehen.

Dem Alpenrepublikaner wird, völlig zu Unrecht, eine gewisse Realitätsferne nachgesagt. So auch in der Sozialpartnerschaft, die immer noch als «Modell Österreich» gehandelt wird. Dem ist aber nicht so. Die Grundmauern der Sozialpartnerschaft sind konkret und wirtschaftsbezogen: Am 12. März 1957 beschäftigte sich die Bundesregierung in einer Sitzung des Ministerrates auch mit der angespannten Preissituation. Im Beschlussprotokoll dieser Ministerratssitzung werden die Interessenvertretungen zur friedlichen Beilegung der Probleme aufgefordert. Es ist hier von Anträgen auf Lohn- und Gehaltsregelungen die Rede, die «an die Arbeitgeberorganisation erst gestellt werden (sollen), sobald im Rahmen einer paritätischen Kommission sowohl die Höhe der Forderung als auch die Dringlichkeit überprüft wurden». Dieser Ministerratsbeschluss gilt als Anstoss zur Bildung der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen, die sich dann am 27. März konstituierte. Diese «Paritätische Kommission», die heute noch in schöner Regelmässigkeit tagt, ist die sichtbarste, konkreteste und gleichzeitig effizienteste Form der «Sozialpartnerschaft».

Moralische Macht

Die «Paritätische Kommission» besteht aus vier Interessevertretungen: Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB), Bundeswirtschaftskammer (BK), Arbeiterkammertag (AKT) und Landwirtschaftskammern (LK) – aus drei Ministerien (Handels-, Sozial- und Landwirtschaftsministerium) und aus dem Bundeskanzleramt (BKA). Abgesehen von den gemeinsamen, plenarartigen Sitzungen erfolgt die effektive Arbeit im «Preisunterausschuss», im «Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen» und im «Lohnunterausschuss».

Die «Paritätische Kommission» und ihre drei Untergliederungen besitzen neben ihrer historisch gewachsenen moralischen Macht nur Empfehlungscharakter. So ist es sicherlich richtig, wenn der österreichische Sozialminister und Chef der Privatangestelltengewerkschaft, *Alfred Dallinger,* nicht bereit ist, in diesen Gremien eine Art «Nebenregierung» zu erblicken. Er negiert weder die traditionelle Bedeutung noch die Funktion der «legitimen Auseinandersetzungen» der Interessenvertretungen in der Paritätischen Kommission, wie ihm das die Opposition vorwirft. Er will nur den gesellschafts- und sozialpolitischen Änderungen Rechnung tragen – und diese Funktion können die Gremien der Sozialpartner nicht erfüllen.

Es wäre sicherlich falsch, in der Sozialpartnerschaft, in welcher Form auch immer, eine «heilige Kuh» zu sehen, die man weder melken noch schlachten darf. Möglich wäre beides, ratsam allerdings nur das erstere. Und «melken» heisst in diesem Zusammenhang zwar alle Möglichkeiten ausnützen, die im Interesse der Menschen stehen, aber gleichzeitig auch die Grenzen erkennen:

– Leicht lassen sich die rein rechtlichen, vor allem die verfassungsrechtlichen Grenzen erkennen: Die Normen und Empfehlungen der Sozialpartner müssen verfassungskonform ausfallen (bundesstaatliche Kompetenzverteilung, Weisungsgebundenheit aller staatlichen Verwaltung, Ministerverantwortlichkeit).

– Etwas schwerer finden wir die politologischen Grenzen; Politologen befürchten nämlich, dass die sozialpartnerschaftlichen Institutionen aus der verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Konkurrenzdemokratie eine Konkordanzdemokratie machen. So lange jedoch, um erneut Sozialminister *Dallinger* zu zitieren, die Sozialpartnerschaft die «legitimen Rechte der Interessenvertretungen» nicht antastet, bleibt die politologische Konkurrenzsituation, auch in rechtlicher Hinsicht, bestehen.

– Neben der politologischen, stösst die Sozialpartnerschaft auch gegen ihre soziologischen Grenzen; manche Soziologen behaupten nämlich, dass die Institutionen der Sozialpartner weder die Bevölkerung noch ihre Organisationen repräsentieren. Da jedoch die Sozialpartner immer nur Empfehlungen abgeben können, und die politischen Entscheidungen ausschliesslich im Parlament und in der Regierung getroffen werden, müssen die Sozialpartner nicht repräsentativ sein.

Kein Debattierklub

Trotz ihrem Nur-Empfehlungscharakter ist die Sozialpartnerschaft mehr als

ein reiner «Debattierklub». Abgesehen davon, dass die Sozialpartner in der von ihnen geschaffenen «Paritätischen Kommission» Löhne, Preise und grundsätzliche Fragen der Wirtschaftspolitik auch mit der Bundesregierung besprechen, entsenden sie ihre Vertreter in eine Vielzahl von Wirtschaftsgremien. Sie sind so zahlreich, dass man sie hier und jetzt taxativ gar nicht aufzählen kann. Deshalb nur die wichtigsten Gremien, die von den Sozialpartnern beschickt werden:

– In der Industriekommission treffen die Vertreter der Bundesregierung, des Kreditapparates, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über Einladung des Bundeskanzlers zur Beratung grundsätzlicher industriepolitischer Fragen zusammen.

– Im Verwaltungsrat der *Österreichischen Postsparkasse,* einem für die Geldversorgung der öffentlichen Hand wichtigen Kreditinstitut, sind ebenfalls Delegierte der Sozialpartner vertreten.

– Infolge des föderalistischen Aufbaues Österreichs ergibt es sich, dass Raumordnungsfragen nicht durch eine Gebietskörperschaft allein entschieden werden können.

– Zum Zweck der Beratung von Raumordnungsproblemen wurde daher die *«Österreichische Raumordnungskonferenz»* ins Leben gerufen. Dieser Einrichtung gehören Bund, Länder und Vertreter der Sozialpartner in beratender Funktion an.

– Die Kommissionen des *Milchwirtschaftsfonds,* des *Getreidewirtschaftsfonds* sowie die *Vieh-* und *Fleischkommission* setzen sich aus der jeweils gleichen Anzahl von Vertretern der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, der Bundeswirtschaftskammer, des ÖGB und des Arbeiterkammertages zusammen.

– Auch in der *Kommission zur Herausgabe des Österreichischen Lebensmittelbuches* (Codex-Kommission), die für die ständige Bearbeitung und Ergänzung des österreichischen Lebensmittelbuches zuständig ist, sind die Sozialpartner vertreten (Lebensmittelgesetz 1975).

– Eine Konstruktion besonderer Art stellt der *Verein für Konsumenteninformation* dar, der von den Interessenverbänden gemeinsam gegründet und auch hinsichtlich Verantwortung und Finanzierung getragen wird.

Die Sozialpartner haben nicht nur in der Wirtschafts-, sondern auch in der Sozialpolitik eine gewisse Bedeutung.

Wesentliche Bereiche der Sozialordnung sind in Österreich der autonomen Gestaltung durch die Verbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber übertragen. Das gilt insbesondere für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Kollektivverträge. Die gesetzlichen Interessenvertretungen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber (Kammern) sind kraft Gesetzes berechtigt, Kollektivverträge mit normativer Wirkung (unmittelbarer Rechtsverbindlichkeit) für die einzelnen Arbeitnehmer und Arbeitgeber abzuschliessen. Darüber hinaus wurde bedeutenden freiwilligen Verbänden, vor allem dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, die Kollektivvertragsfähigkeit behördlich zuerkannt. Ist einem freiwilligen Verband die Kollektivvertragsfähigkeit

zuerkannt worden und hat er einen Kollektivvertrag abgeschlossen, so verliert die gesetzliche Interessenvertretung für den Geltungsbereich und die Dauer dieses Kollektivvertrages ihre Kollektivvertragsfähigkeit. Insoweit geht also diese Kollektivvertragsfähigkeit der freiwilligen Verbände jener der gesetzlichen Interessenvertretung vor. In der Praxis werden in Österreich Kollektivverträge auf Arbeitnehmerseite fast ausschliesslich vom Österreichischen Gewerkschaftsbund bzw. den in ihm zusammengefassten Gewerkschaften, auf Arbeitgeberseite hauptsächlich von den Kammern der gewerblichen Wirtschaft bzw. deren Teilorganisationen abgeschlossen. Grundsätzliche sozialpolitische Fragen, wie zum Beispiel die Arbeitszeitverkürzungen oder die seinerzeitige Einführung des dreiwöchigen Mindesturlaubes (1964) wurden – meist als Vorstufe einer gesetzlichen Regelung – in sogenannten Generalkollektivverträgen mit umfassendem Geltungsbereich zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeberseite geregelt. Mit Ausnahme relativ kleiner Gruppen, für die auf Arbeitgeberseite keine kollektivvertragsfähigen Körperschaften bestehen, ist der gesamte Bereich der Privatwirtschaft durch autonome kollektive Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen abgedeckt. Nur subsidiär, für nicht kollektivvertraglich geregelte Bereiche, besteht die Möglichkeit staatlicher Lohnfestsetzung in Form der «Satzung» bzw. des «Mindestlohntarifes», stellt eine Studie des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen fest.

Kritische Stimmen

Die wohlige Wärme des wohlstandsorientierten Ausgleichs der sozialpartnerschaftlichen Einrichtungen ruft immer mehr Kritiker zur Kursänderung auf. «In Zeiten wie diesen» (Slogan der regierenden Sozialisten) müssen oft unangenehme Antworten auf neue Fragen gefunden werden:

Die weltweite, drohende Arbeitslosigkeit scheint zwar die Schweiz, nicht jedoch Österreich unberührt zu lassen. Anfang des heurigen Jahres wurden über 5 % Arbeitslose registriert. In dieser Situation, bei Beibehaltung der Vollbeschäftigungspolitik, müssen neue Wege gesucht werden. Und dazu gehört – wenn auch nicht allein – die Arbeitszeitverkürzung; hier finden aber die Sozialpartner nicht mehr zusammen. Obwohl sich der ÖGB-Kongress für eine Arbeitszeitverkürzung aussprach, zögert Gewerkschaftspräsident Anton Benya mit einer Umsetzung dieser Forderung; die Gewerkschaft der Privatangestellten, aber auch die der Chemie bzw. der Metallarbeiter treten dagegen entschieden für eine Verkürzung der bisherigen 40 Stunden in der Woche ein. Dass sich die Vertreter der Wirtschaft und der Industrie gegen jedwede Arbeitszeitverkürzung stemmen, war zu erwarten.

In dieser Stimmung bekommen die linken Kritiker an der Sozialpartnerschaft gehörigen Aufwind; da sie in den verschiedenen paritätischen Kommissionen und Gremien eine Abkehr vom Klassenkampf sehen.

Kampf oder Kompromiss der Klassen – heisst der Entweder-Oder-Weg. Die Sozialpartner wählten schon vor einem Vierteljahrhundert den Kom-

promiss-Weg. Deshalb sehen die «Linken» in der permanenten Ausgleichsfunktion der Sozialpartnerschaft ein Hemmnis der gesellschaftlichen Entwicklung. Tatsächlich stellen sich die «Kompromissler» einer umfangreichen Umverteilung in den Weg.

Die «Linken» sind nicht die einzigen Kritiker der sozialpartnerschaftlichen Wirklichkeit. Auch die Verfechter der rechtsstaatlichen Position erheben ihre, gleichfalls nicht unberechtigten, Einwände. Ansatzpunkt dieser Kritik ist der extrakonstitutionelle Status der Sozialpartnerschaft, ihre Verfassungsferne. Die Sozialpartnerschaft ist ein System der Entscheidungsfindung, das vom Netz der Verfassung nicht vorgesehen und daher auch nicht kontrolliert wird. Die Sozialpartnerschaft wird in dieser Kritik als «Gegenregierung» oder als «Nebenregierung» gedeutet.

Neben den linksorientierten (marxistischen) bzw. den rechtsstaatlichen Kritikern haben auch Vertreter der klassisch-liberalen Position keine helle Freude mit der Sozialpartnerschaft: Die Kritik dieser Position drückt sich in der innenpolitischen Kontroverse in Österreich vor allem in den kritischen Begriffen «Verbändestaat», «Kammerstaat» oder auch «Gewerkschaftsstaat» aus. Diese Kritik artikuliert ein Unbehagen daran, dass sich zwischen die einzelnen Bürger und den Staat die sozialpartnerschaftlich handelnden Verbände schieben. Die von den Verbänden vorgenommene Bündelung der Einzelinteressen wird vor allem als tendenzielle Entmündigung des Individuums gedeutet. Das freie Spiel der Kräfte, das nach den Grundannahmen des Liberalismus sowohl im Bereich der Wirtschaft als auch im Bereich der Politik die Maxime des gesellschaftlichen und staatlichen Ordnungssystems ist, wird – so die Kritik – ersetzt durch die wenigen kollektiven Mächte – durch die Verbände.

Zu diesen ideologischen Kritikern gesellen sich noch die «praktischen» Gegner der Sozialpartnerschaft, die entweder keinen Einzug (wie die Freiheitliche Partei) in die verschiedenen Gremien gefunden haben, oder sich unterrepräsentiert fühlen (wie z. B. der Arbeiter- und Angestelltenbund der Österreichischen Volkspartei).

Eine leise (manchmal auch laute) Kritik ertönt auch aus den Reihen der Sozialpartnerschaft selber. So beklagen sich z. B. die Bauern, dass sie in der grossen Verbrüderungspolitik, die zwischen Gewerkschaften und Industriellen stattfindet, oft zu kurz kommen. Sie bejahen uneingeschränkt die Sozialpartnerschaft, fühlen sich nur etwas zurückgesetzt.

Die Idee der Sozialpartnerschaft entspricht nicht nur der Tradition der Zweiten Republik, sondern auch der der altösterreichischen Monarchie des «zentralisierten Ausgleichs». Dass sich jedoch immer mehr Menschen und politische Gruppierungen – dazu zählen auch viele «Grüne» – von einer Zwangsbeglückung befreien wollen, entspricht den neuen emanzipatorischen Tendenzen, die auch die «Insel der Seligen», wie sich die Österreicher gerne sehen, wenn auch mit Verspätung, erreicht haben.

Peter Stiegnitz